

Cottbuser

Herzblatt

Chošebuska wuřobka

Die linke Zeitung aus der roten Ecke

18. Jahrgang / Nr. 12 (220)

Dezember 2010

Bitte 0,75 Euro spenden



Am Scheideweg: Programmkonvent der LINKEN

7. November 2010. Im Wendland werden die Castoren gestoppt, Sebastian Vettel gewinnt den Großen Preis von Brasilien und in Hannover findet sich DIE LINKE. zu ihrem Programmkonvent ein.

Diese Meldung würde bei einigen Parteien als Zusammenfassung für die

gegenseitig zerfleischt und in öffentliche Flügelkämpfe verfallen. Das kennen wir auch schon anders. Und in erstaunlich vielen Bereichen besteht sogar schon weitestgehender Konsens. Altbekannt hingegen sind andere, klassische Streitfragen der LINKEN in Deutschland:



Debatte über ein neues Grundsatzprogramm ausreichen: Eine öffentlichkeitswirksame Großveranstaltung – Ein Parteitag – Ein neues Grundsatzprogramm.

Tatsächlich diskutiert DIE LINKE. bereits seit über einem Jahr über ihre künftige inhaltliche Ausrichtung. Und anhand der noch offenen Fragen lässt sich ableiten: Sie ist noch lange nicht fertig.

Der Programmkonvent in Hannover stellte dabei lediglich einen Zwischenschritt dar. Es wurde Fazit zum bisherigen Verlauf der Diskussion gezogen.

Vor allem eines fällt dabei positiv auf: Bisher hat sich die Partei noch nicht ge-

Was ist das Ziel linker Arbeitsmarktpolitik? Will DIE LINKE. Erwerbsarbeit als die wesentliche Form des Arbeitsverhältnisses akzeptieren? Wie verhält sie sich zur abhängigen Beschäftigung? Und welche Rolle spielt dabei das „Bedingungslose Grundeinkommen“?

Was kann DIE LINKE. gegen wirtschaftliche Monopole und die Erpressbarkeit von Politik machen? Kann sie akzeptieren, dass es Konzerne gibt, die über tausende Arbeitsplätze und Investitionen in Milliardenhöhe allein

(Fortsetzung auf Seite 2)

**Die Mitglieder
der „Herzblatt“-
Redaktion
wünschen
allen LeserInnen
ein frohes
Weihnachtsfest.**

**Wir bedanken
uns bei allen,
die uns
unterstützt haben,
für die gute
Zusammenarbeit,
und bei allen,
die unser Blatt
gelesen haben,
für ihr Interesse.**

**Wir hoffen für Sie
und uns auf
ein glückliches
Jahr 2011!**

Am Scheideweg: Programmkonvent der LINKEN

(Fortsetzung von Seite 1)

entscheiden? Sind Verstaatlichung oder Belegschaftseigentum der richtige Weg? Und wie kann dabei die Attraktivität von wirtschaftlicher Eigeninitiative des Einzelnen zum Schaffen neuer Arbeitsplätze unbeschädigt bleiben oder gar erhöht werden?

Wie verhält sich DIE LINKE. zur Bundeswehr? Kann sie Auslandseinsätze mit UN-Mandat unter bestimmten Voraussetzungen akzeptieren? Hier zeichnet sich derzeit der deutliche Trend ab, dass es dafür keine Mehrheit geben wird.

Zeitgleich wollen die wenigsten aber im Fall von humanitären Katastrophen im Ausland zusehen. Bei Hungersnöten und Naturkatastrophen kann die Infrastruktur, die die Bundeswehr bietet, von Nutzen sein.

Was aber, wenn ein Diktator einen Genozid an einem Teil seiner Bevölkerung durchführt? Ist das dann nicht auch eine humanitäre Katastrophe? Wie verhält sich DIE LINKE. dann?

Aber die wohl am meisten diskutierte und bis heute noch nicht geklärte Frage

ist: Wie hältst Du es mit der Regierung? Unter welchen Voraussetzungen wird sich DIE LINKE. künftig an Regierungen beteiligen? Selbstverständlich werden dabei „rote Linien“ gelten. Mit der LINKEN wird es keinen Sozialabbau geben. Das ist allen klar. Was aber ist mit der Aussage „Mit der LINKEN wird es keinen Stellenabbau im öffentlichen Dienst geben“? Auch das ist im Gespräch. Wie aber können wir dann eine Beteiligung an der Landesregierung in Brandenburg oder die Kooperation mit der SPD in Cottbus rechtfertigen? Manchmal weicht praktische Politik von den hehren Zielen auf dem Papier ab.

Mit dem Ziel, die weitere Programmdiskussion in die breite Parteibasis hineinzutragen, wird es bundesweit eine Neuheit geben. Wir leben im Zeitalter der Computer und auch DIE LINKE. kann sich dem nicht verschließen.

Aus diesem Grund beginnt im Januar 2011 eine E-Debatte zum Parteiprogramm. Hierbei können alle Parteimitglieder über die Internetplattform „Liquid Democracy“ Textvorschläge zum Programm machen und veröffent-

lichen. Über diese können alle Mitglieder anschließend abstimmen. Findet ein Vorschlag die Zustimmung von 50 Prozent der Abstimmenden, wird er dem Parteivorstand zugeleitet und gilt unter Umständen sogar als Antrag auf dem Programmparteitag im November 2011. Demnach hat die E-Debatte eine enorme Bedeutung für den weiteren Verlauf der Entwicklung des neuen Parteiprogramms.

Über die Einzelheiten, die Teilnahmemöglichkeiten und die Testphase von „Liquid Democracy“, die bis Ende dieses Jahres läuft, wird der Ortsvorstand noch weitere Informationen bekanntgeben.

Fragen über Fragen. Eine ungeklärter als die andere. Die Zeit, sie zu diskutieren, ist jetzt. Die Zeit, sie zu entscheiden, naht. Jede Genossin und jeder Genosse sollte sich hierzu eine Meinung bilden und diese vertreten können. Nur wer sich einbringt, kann hinterher zufrieden oder unzufrieden mit dem Ergebnis sein.

Es gilt: Wer schweigt, darf hinterher nicht murren. Und an Freude am Diskutieren hat es der LINKEN wohl noch nie gefehlt.

Christopher Neumann

Brandenburger „Aktivenkonferenz“ in Teltow

Nach einem anstrengenden und aufregenden Jahr der LINKEN in der Regierungsverantwortung im Land Brandenburg war das Interesse aller Aktiven, mal wieder gemeinsam über den Zustand der Partei zu reden, sehr groß.

Und es war gut, sich dafür Zeit zu nehmen, zu diskutieren, zu streiten und aus all dem viele zukunftstaugliche Ideen zu entwickeln. Deshalb auch der Name „Aktivenkonferenz“ in Teltow.

Aus Gesprächen mit Genossen und Sympathisanten, Zusammenkünften in Basisorganisationen gibt es viele Fragen, die einer Antwort harren. Diese Fragen in unterschiedlichen Workshops zur Diskussion zu stellen, hat bewirkt, dass sich viele Genossen zum Thema äußern konnten und gute Arbeitsansätze herausgearbeitet wurden.

Wie gehen wir eigentlich miteinander um? Das hat sich bestimmt schon man-

cher Genosse gefragt. Ist es respektvoll, tolerant und aufmerksam? Was ist von unseren Umgangsformen untereinander zu halten?

Wer übernimmt Verantwortung in der Basisorganisation, im Ortsverband, im Kreisverband Lausitz? Sind wir wirklich nur so wenige?

Brauchen wir eine Landeszeitung, eine kleine Zeitung in den Ortsverbänden? Ist das „Cottbuser Herzblatt“ die Mitgliederzeitung für die Cottbuser Genossen und den Ortsverband Cottbus?

Wie steht es um das Verhältnis der Landtagsfraktion und der Partei in unserem Bundesland, das Verhältnis von Abgeordneten in Stadtverordnetenversammlungen, dem Kreistag zur Partei?

All diese Fragen zu stellen und gemeinsam nach einer Antwort zu suchen, war schon ein guter Weg. Dreizehn Aktive aus dem Kreisverband Lausitz haben an den

Beratungen teilgenommen und tragen die Ergebnisse in ihre Ortsverbände.

Annely Richter, Teilnehmerin an der „Aktivenkonferenz“





Ein Beitrag zur Programmdebatte

Von Straßen des Sieges und steinigen Wegen

Die Geschichte der LINKEN ist schon lang, die der Linkspartei ist noch kurz. So, dass man noch nicht mal die Zeit fand, ein alle wichtigen Fragen unserer Zeit berücksichtigendes Grundsatzprogramm zu formulieren. Man kann der Parteineubildung (2007) DIE LINKE. in diesen Gründerjahren zwar nicht vorwerfen, deshalb weniger klare linke Standpunkte, Konzepte und Proteste vertreten und artikuliert zu haben, aber was spätestens auf dem Bundesparteitag im Juni 2009 bei der Antragsdebatte über das Bundestagswahlprogramm zu erleben war, waren zahlreich vorhandene konzeptionelle Defizite und inhaltliche Unschärfen. Die bislang geltenden „Programmatischen Eckpunkte“ schrieten somit förmlich nach einem neuen Programmdokument, damit die Partei ein solides Navigationssystem in die Hand bekommt, was ihr eine sichere Fortbewegung im gesellschaftspolitischen Verkehr ermöglicht.

Neuer Straßenbelag nötig

Für lange Zeit wähten sich führende Parteien in einem damals sogenannten sozialistischen Weltssystem auf der Straße der Sieger. Aus diesem Irrglauben wurden sie in dem bekannten Wendemanöver der Jahre 1989 bis 1991 von Jenen gerissen, die der Sackgassen, Einbahnstraßen und Schlaglöcher müde waren. Die angeblich so sieghafte Straßendecke wurde aufgerissen. Ihre Trümmer sind noch immer nicht weggeräumt, manch einer weigert sich sogar bis heute, sie zur Kenntnis zu nehmen. Jedenfalls sollte sich die Partei bei der Erarbeitung des Programms - auch mit Blick auf ihre Geschichte, um einen neuen Straßenbelag kümmern. Und das eindeutig! Denn Geschichtsblinde riskieren neuerliche Kollisionen.

Für Stalinismus-Absage

Wichtig: Dazu gehört in diesem Zusammenhang auch eine klare Absage an den Stalinismus als System mit all seinen verwerflichen Spielarten. Im ersten LINKE-Programmmentwurf, den die damaligen Vorsitzenden Bisky und Lafontaine im März 2010 vorlegten, findet sich zwar der entsprechende Vermerk, dass der Bruch mit dem Stalinismus zum Gründungskonsens der PDS gehöre, das sollte, aber wie

in den früheren PDS-Programmen üblich, weiterhin konkret und wortreicher ausgeführt werden. Für Mitglieder einer demokratisch-sozialistischen(!) linken Partei sollte auch nicht tolerierbar sein, wenn, wie im Programmmentwurf geschehen, von „Nationalsozialismus“ zu lesen ist. Warum zertifiziert man die Nazi-Barbarei nicht durchgehend als Faschismus?

Dass man das Wort kennt, beweist sein mehrfaches Vorkommen an anderen Textstellen. Zudem erleichtert es doch nur unnötig das Geschäft der Gleichsetzer von Sozialismus und Faschismus. Und das können LINKE nicht wollen, die vornehmlich die Opfer des Faschismus waren!

Der demokratische Sozialismus ist naheliegender Weise das Bindemittel, was die Mitglieder der Partei DIE LINKE. über ihre Plattformen und Strömungen hinaus eint und zusammenhält. Entsprechend gründlich und sorgsam sollte daher an diesen Abschnitt des Programms herangegangen werden. Demokratisch, selbstbestimmt, sozial und ökologisch soll er sein. Freiheitsrechte und soziale Rechte bilden eine Einheit und werden nicht gegeneinander ausgespielt und abgewogen.

Keine Messer-und Gabelfrage

Denn diese Ver-Fahr(ens)weise würde für DIE LINKE. dann endgültig im Crash enden, ohne Chance auf Erneuerung und Neustart: Was der Vorgängerpartei der LINKEN, der PDS, nochmal möglich war. Nun - das Kapitel „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“ kann man doch dazu nutzen, um im Kontrast zu dem, was manche „Rechtsabweichler“ aus den Unionsparteien über eine deutsche Leitkultur denken, einen linken Gegenentwurf in das LINKE-Grundsatzprogramm zu schreiben.

Warum soll der Motor für das politische Handeln und das programmatische Selbstverständnis einer demokratisch-sozialistischen Partei nicht von einem linken sozialistischen Wertegerüst getragen werden? Warum soll solch eine Partei nicht von linken sozialistischen Werten bzw. Kultur sprechen dürfen? Franz Mehring fand da, an Marx gerichtet, schon mal folgende Worte: „Sie lehrten unsere Arbeiter durch jede Zeile aus ihrer wunderbaren Feder, dass der Sozialismus

keine Messer-und Gabelfrage, sondern eine Kulturbewegung (ist)...“ Sympathisch und eigentlich alles sagend war in den PDS-Programmen doch auch immer vom demokratischen Sozialismus als Ziel und Wertesystem die Rede. Im vorliegenden Programmmentwurf hat man diese treffliche Zielbeschreibung ausgeparkt. Warum eigentlich? Um auf den Ausgangspunkt zurückkommend, klar zu sagen: Werte und Wertevorstellungen sind kein Privateigentum allein der Konservativen? Nur in Bezug auf den Leitkultur-Begriff sollten LINKE das „Leit“-Wort weglassen. Denn wie oft wurde schon fehlgeleitet. Einen undemokratischen Beigeschmack hat es auch.

Bußgeld wäre unbezahlbar

Einige Gedanken zum Kapitalismus, der seit jeher auch so seine Schwierigkeiten hat, den sozialen, demokratischen, ökologischen und emanzipatorischen TÜV zu bestehen: Was er heute dennoch an Erhaltenswertem und Ausbauwürdigem zu bieten hat, ist das Ergebnis schwerer Kämpfe und Reparaturen. Immerhin waren sie möglich - anders als bei seinem Konkurrenzmodell, dem Realsozialismus. Hierzu Marx: Nach dessen Ansicht war der Kapitalismus „kein fester, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus“ (MEW, Bd. 23: S. 16).

Die Frage, warum der erste Sozialismus-Versuch nicht dieses Potential an Entwicklungs-, Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit aufwies, sollte auch nach „Abnahme“ des Programms weiter zu ergründen versucht werden.

Die Arbeit an diesem Programm ist für die Linkspartei eine große Chance, um ihr Profil und ihre Alternativen kenntlicher zu machen. Sollte sie bei dieser Chancenverwertung versagen, dann läuft sie mit all ihren gesellschaftlichen Veränderungsansprüchen Gefahr, auf die Verlierer-Straße zu geraten.

Darum sollten alle Mitglieder, im besten pluralen Sinne, soviel Verantwortung aufbringen und dazu beitragen, dass es ein analytisch-realistisches und politisch-machbares Programm wird. Denn so viel steht mal fest: Das Bußgeld wäre unbezahlbar...

René Lindenau

Ein etwas anderer Rechenschaftsbericht

Liebe Genossinnen und Genossen,

in meiner Rede auf der letzten Gesamtmitgliederversammlung habe ich auch Rechenschaft über meine Tätigkeit als Landtagsabgeordneter an sich abgelegt. Gleichwohl will ich diesbezüglich weiter tätig werden, um aufzuzeigen, wie man als Landtagsabgeordneter hier in Cottbus aber auch in Brandenburg wirkt.

Als am 27. September 2009 feststand, dass ich direkt gewählt wurde, bin ich gegen 1.00 Uhr nachts nach Hause gefahren. Meine Frau war noch wach. Wir haben die Nacht nicht schlafen können, weil wir natürlich besprochen haben, was sich alles ändern wird. Wenn ich auf dieses Gespräch heute zurückblicke, dann weiß ich, dass wir nicht einmal im Ansatz eine Ahnung hatten, was sich dann tatsächlich geändert hat.

Ich selbst bin in der Landtagsfraktion für Menschen mit Behinderung und für Minderheiten zuständig. Ich bin also der Sprecher für diese Menschen und für deren Angelegenheiten. Dies habe ich mir selbst ausgesucht. Ich bin weiterhin stellvertretender Vorsitzende des Europausschusses und Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission.

Für mich wichtige Arbeitsschwerpunkte waren im letzten Jahr und werden auch noch weiterhin sein: Die geplante Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes und die Darstellung eines Maßnahmeplans zur Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung in Brandenburg. Diese beiden Dokumente sollen im Juni 2011 vom Landtag verabschiedet werden und hier bedarf es noch einer Menge Arbeit. Ebenfalls soll im nächsten Jahr das Sorben-Wenden-Gesetz novelliert werden. Auch hier laufen bereits zahlreiche Gespräche und Besprechungen, um hier positive Veränderungen für die Betroffenen herbeizuführen.

Es gibt auch heute noch bestimmte Abläufe in der Landtagsfraktion, die mir als Quereinsteiger zu denken geben, die ich kritikwürdig finde.

Ich habe mich in dem letzten Jahr in Cottbus engagiert. So habe ich zum Beispiel über 40 Bürgergespräche in meinem Büro in Cottbus geführt. Ich be-

suchte über 60 Institutionen, Vereine und Unternehmen in Cottbus, um mich über ihre Situation, Probleme und Bedürfnisse zu informieren. Ich habe an einer großen Anzahl von öffentlichen Veranstaltungen, Konferenzen und Tagungen teilgenommen. Dieses Engagement hat sich auch in den Medien wiedergespiegelt. Unsere Partei und ich wurden gegenüber den anderen Landtagsabgeordneten durch die Medien am meisten reflektiert. Dies ist tatsächlich so, auch wenn man es nicht auf den ersten Blick glaubt. Natürlich ist das nicht ohne Aufwand möglich. In diesem einem Jahr habe ich über 100 Presseerklärungen abgegeben.

Diese Presseerklärungen, meine Medienarbeit, habe ich ausdrücklich nicht realisiert, um mich zu profilieren, sondern um die Ideen unserer Partei einer breiten Öffentlichkeit nahe zu bringen.

Ich habe über 30 Anfragen an die Landesregierung zu verschiedenen Problematiken gestellt. Diese Anfragen geben einem Landtagsabgeordneten immer wieder die Möglichkeit Regierungshandeln zu hinterfragen und einzufordern.

Die Arbeit als Landtagsabgeordneter ist spannend und intensiv. Ich mache

dies gern. Und wenn es auch wie eine hohle Phrase klingt, merke ich dies vor allem, wenn ich mich für Betroffene einsetze. So war ich zum Beispiel vor kurzem bei Eltern von behinderten Kindern, deren Schule geschlossen werden soll. Hier kann man versuchen, tatsächlich Änderungen herbeizuführen. Als Landtagsabgeordneter wird man anders wahrgenommen. Man übernimmt sehr viel mehr an Verantwortung. Übrigens auch sich selbst gegenüber und seiner Familie. Hier die richtige Balance zu finden, ist mitunter schwer aber unbedingt notwendig, um sich nicht auszubrennen. Ich merke sehr deutlich, dass ich verändern kann, manchmal nur in sehr kleinen Schritten und mit sehr, sehr viel Geduld.

Ich habe Rückschläge einstecken müssen, habe Fehler gemacht und war auch manchmal ratlos. Aber trotzdem – ich bin gerne Euer Landtagsabgeordneter und ich werde mich weiterhin konstruktiv, kritisch einbringen. In die Arbeit der Fraktion im Landtag aber vor allem hier in Cottbus. Denn hier wurde ich direkt gewählt.

Euer Jürgen Maresch

Zur Schändung des sowjetischen Ehrenfriedhofes in Cottbus

Die Schändung des Ehrenfriedhofes in Cottbus in der Nacht vom 12. zum 13. November zeigt deutlich, dass es eines breiten gesellschaftlichen Konsens zur Bekämpfung des Rechtsextremismus bedarf. Es ist eindeutig, dass Nazis den sowjetischen Ehrenfriedhof in Cottbus geschändet haben.

Ich persönlich empfinde Scham und zugleich Wut in mir. Die Symbolik der Nazis, genau den 13. November zu nutzen, ist besonders perfide.

Wir gedenken an diesem Tag den Millionen Opfern zweier Weltkriege, allen Opfern von Krieg und Vertreibung. Wir dürfen das unendliche Leid, was Krieg mit sich brachte und bringt niemals vergessen.

Krieg bringt keine Helden hervor, nur Verlierer und Verzweifelte. Krieg ist nicht die Fortsetzung von Politik, Krieg ist eine Bankrotterklärung der Politik. Krieg ist niemals eine Lösung und keine Alternative.

Wir dürfen niemals vergessen! Wir dürfen niemals aufgeben!

Die verbrecherische Ideologie der Nazis ist klar darzustellen und mit rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen und zu bekämpfen. Wir dürfen diese Ideologie nicht dulden und müssen für Weltoffenheit und Toleranz eintreten und kämpfen! Nazis haben keinen Platz in unserer Mitte! Nazis haben keinen Platz in Cottbus!

Jürgen Maresch,

Landtagsabgeordneter,

Erster Polizeihauptkommissar a.D.,

Sprecher für Menschen mit Behinderung und Minderheiten



Neues aus Berlin

Die gesetzliche Krankenversicherung wird schlecht geführt. Bewusste politische Entscheidungen haben sie in der Vergangenheit nachhaltig beschädigt.

Schwarz-Gelb setzt diesen Weg fort. Mit ihrer „Gesundheitsreform“ entsolidarisiert die Koalition das Gesundheitssystem und öffnet Gutverdienern die Tür in die private Krankenversicherung noch weiter als ohnehin. Damit belastet sie alle Niedrig- und Durchschnittsverdiener, destabilisiert die Krankenkassen und nimmt sehenden Auges weitere Finanzierungslücken im Gesundheitssektor in Kauf.

Heute finanzieren wenige Millionen Arbeitnehmer das gesamte öffentliche Gesundheitssystem mit ihrem Gehalt. Beamte, Richter, Abgeordnete und Gutverdiener hingegen können in die private Krankenversicherung ausweichen. Sie entziehen sich dem Grundprinzip der solidarischen Sozialsysteme. Dies geschieht, obwohl es keinerlei überzeugenden Grund gibt, ihnen die Flucht in die privaten Kassen zu ermöglichen.

Diejenigen hingegen, die in die öffentlichen Kassen einzahlen müssen, nimmt die Regierung unerbittlich an die Kande. Die Beiträge steigen unaufhörlich, ebenso wie die ausufernden Zuzahlungen. Praxisgebühr, Eigenbeitrag für Krankenhausaufenthalte und Medikamente, Zusatzbeiträge bei schlecht wirtschaftenden Kassen... Die Liste ist lang.

Derweil leistet sich das Gesundheitssystem horrende Kosten, die nicht sein müssten. Deutschland hat hunderte von Krankenkassen, die sich jeweils eigene Verwaltungen und hohe Vorstandsgehälter leisten. Das verschlingt Milliarden, ebenso wie die völlig überzogenen Medikamentenpreise.

Sogar erzliberale Länder wie England und die USA deckeln hier die Kosten. Nicht jedoch Deutschland, wo die Pharmalobby zu einer der mächtigsten politischen Kräfte zählt und außergewöhnliche Gewinnmargen genießt.

Anstatt hier anzusetzen, geht die Regierung mit ihrer Gesundheitsreform den Weg des geringsten Widerstandes: Sie friert die Beiträge der Arbeitgeber bei 7,3 Prozent des Bruttolohnes ein. Die Arbeitnehmer müssen zukünftig jede Beitragssteigerung vollständig selbst bezahlen. Das heißt: Immer mehr Versicherungskosten für immer weniger Beitragszahler.

Denn die Zahl derer, die privat versichert sind, nimmt mit Hilfe von Schwarz-Gelb laufend zu.

Die Regierung belohnt die Pharma- und Versicherungslobby auf Kosten der Mittelschicht, die sie zu vertreten vorgibt. Selbst diese Bürger können keine Lobbyisten bezahlen, die sich schwarzgelbe Milliarden geschenke zuteilen lassen. Nur auf diesem Weg jedoch erreicht man das Ohr dieser Bundesregierung, die konsequent Politik gegen das Gemeinwohl betreibt. Überraschen sollte dieser Raubbau am solidarischen Gesundheitssystem keinen.

Die FDP ist traditionell die Klientelpartei der privaten Krankenkassen. Mit ihrer unsozialen Agenda zersetzt sie den Sozialstaat planvoll von innen.

DIE LINKE. wirbt - ebenso wie SPD und Grüne - für die Bürgerversicherung. Hier wäre jeder Bürger Mitglied, egal ob Angestellter, Beamter oder Selbständiger. Jedes Einkommen würde einbezogen, Gehälter ebenso wie Kapital- oder Mieteinkommen. Das entlastet die Löhne und führt den Kassen Milliarden zu. In der

Bürgerversicherung stünden die Arbeitgeber wieder voll in der Pflicht: Sie müssten die Hälfte der Beiträge ihrer Mitarbeiter bezahlen. Und die privaten Kassen könnten sich auf das beschränken, was ihrer Rolle entspräche: Zusatzversicherungen anzubieten, die jeder abschließen kann, aber nicht muss.

Mit der Bürgerversicherung hätte Deutschland ein solide finanziertes, zukunftsfestes Gesundheitssystem. Dem Gedanken der Solidarität würde endlich voll Rechnung getragen. Damit würde die Bürgerversicherung eine eklatante Gerechtigkeitslücke in unserem System beseitigen. Und die Versicherten kämen auch noch in den Genuss einer spürbaren Entlastung: Die Beiträge könnten auf rund zehn Prozent des Einkommens sinken.

Mit dieser Regierung ist kein Staat zu machen. Mit ihrer Gesundheitsreform verlängert sie die Liste ihrer Untaten um einen weiteren Punkt. Spätestens die Landtagswahlen 2011 werden zeigen, was die Bürger davon halten.

Wolfgang Neskovic



Karikatur: Hänchen

Aus meiner Sicht

Adelskult und die Fragen eines lesenden Arbeiters

Über „moderne“ Geschichtsbetrachtung und eine „verteufelte“ Theater-Inszenierung

Das gab es in Cottbus lange nicht – einen handfesten Theaterskandal. Die Inszenierung „Fürst Pücklers Utopia“ am hiesigen Staatstheater anlässlich des 225. Geburtstages des bedeutenden Gartenarchitekten des 19. Jahrhunderts hatte einen Sturm der Empörung ausgelöst. Sie gipfelte gar in der Forderung eines Provinz-Politikers der SPD, Intendant Schüler und Regisseur Kresnik vor den „Richterstuhl“ des Kulturausschusses der Stadtverordnetenversammlung zu zerren. Unglaublich!

Was, zum Teufel, war passiert? Nun, da hatte es Einer gewagt, den großen Fürsten von seinem hohen Sockel zu schubsen und ihn – zugegeben – ganz schön deftig karikiert. Mag sein, dass vieles in diesem provokanten Stück dem „gutbürgerlichen“ Geschmack widersprach und hier und da den ästhetischen Rahmen sprengte. Über Geschmack lässt sich bekanntlich streiten, über die Freiheit von Kunst und Kultur nicht.

Deshalb empfand ich es durchaus als angemessen, Pückler mal aus einer anderen Sicht zu betrachten, ohne den verordneten Kultstatus.

Damit soll überhaupt nichts gegen die historische Leistung Pücklers als hervorragender Landschaftsgestalter, Weltbürger und Literat gesagt sein. Das ist und bleibt historisch unbestritten und verdient, entsprechend gewürdigt zu werden. Mir geht es hierbei vielmehr um die seit der Wende offensichtliche, teils einseitige, Geschichtsbetrachtung und Geschichtsschreibung, die vor allem den Herrschenden aller Couleur die Verdienste um gesellschaftliche Entwicklung zuschreibt.

War es in der DDR die Überbetonung der Geschichte der Arbeiterbewegung, haben wir es heutzutage mit einer Renaissance des Adelskults zu tun. Egal, wo man hierzulande Urlaub macht, nahezu jeder Landstrich hat seine eigenen Provinz-Könige, -Grafen oder -Fürsten. Natürlich immer mit einem pompösen Schloss oder einer Burg vor der Haustür. Die entsprechenden Informationen dazu erschöpfen sich mehr oder weniger

meist darin, Schlachten, Herrscher, ihr Gerangel und ihre Kabalen aufzulisten, meist einseitig idealisiert und damit auch noch falsch. Sie dienen als touristische Aushängeschilder, mit denen zugleich prächtig Kasse gemacht werden kann.

Bertolt Brecht

Fragen eines lesenden Arbeiters

Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen. Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon.
Wer baute es so viele Male auf?
In welchen Häusern des goldstrahlenden Limas wohnten die Bauleute?
Wohin gingen an dem Abend, wo die Chinesische Mauer fertig war, die Maurer?
Das große Rom ist voll von Triumphbögen. Wer errichtete sie?
Über wen triumphierten die Cäsaren?
Hatte das vielbesungene Byzanz nur Paläste für seine Bewohner?
Selbst in dem sagenhaften Atlantis brüllten in der Nacht, wo das Meer es verschlang, die Ersaufenden nach ihren Sklaven.
Der junge Alexander eroberte Indien. Er allein? Cäsar schlug die Gallier. Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte untergegangen war. Weinte sonst niemand? Wer siegte außer ihm?
Jede Seite ein Sieg. Wer kochte den Siegeschmaus?
Alle zehn Jahre ein großer Mann. Wer bezahlte die Spesen?
So viele Berichte. So viele Fragen.

Mit den Realitäten des Alltags, den gesellschaftlichen Prozessen jener Zeit, hat das meist wenig oder gar nichts zu tun.

Im Fernsehen und in den Medien sind es die „Reichen und Schönen“, die unsere Bewunderung verdienen. Hinzu kommt

der ganze Tratsch und Klatsch aus „hochedlen“ Königshäusern und der Mummenschanz abgehalfterter Adelsfamilien. Und selbst in der aktuellen schwarz-gelben Regierung ist heute ein Adelsspross politischer Hoffnungsträger.

Und dann unsere eigenen Provinzposen: Ich frage mich beispielsweise schon seit langem, was an Drehna „fürstlich“ sein soll und warum unser Stadtoberhaupt in Tourismusbroschüren mit dem Schriftzug „fürstliches Cottbus“ wirbt. Allein weil Pückler hier gelebt und gewirkt hat? Ein bisschen lächerlich erscheint das schon – oder? Für mein Geschichtsbild ist Cottbus alles andere als „fürstlich“. Ganz im Gegenteil! Ob es dem Fürsten gefallen hätte, derartig vereinnahmt zu werden?

Nun könnte man über solche „Kleinigkeiten“ schmunzelnd hinwegsehen, wenn sich dahinter nicht ein durchaus ernster Hintergrund verbergen würde. Es ist einfach geschichtsverfälschend, die gesellschaftliche Entwicklung vor allem an den „Großtaten“ einzelner Persönlichkeiten festzumachen. Und dabei werden, etwas überspitzt formuliert, nicht selten aus Kriegstreibern in Königsgewändern (Friedrich II. und Wilhelm der I.) Wundertäter. Die historische Rolle des Volkes, der Volksmassen, ihre revolutionären Kräfte erscheinen unterbelichtet, ja verzerrt dargestellt. Oder sie bleiben einfach unerwähnt.

Linkes Geschichtsverständnis – wie ich es sehe – würdigt die Rolle der Persönlichkeit immer in Einheit mit den Menschen, die sie dazu gemacht haben, auf deren konkreter Arbeit ihr geschichtlicher Ruf beruht. Auch diese marxistische Dialektik gehört zu einer ehrlichen Würdigung eines Fürsten Pückler. Einseitige „Lobhudeleien“ konterkarieren die historische Wahrheit und schmälern den Erkenntnisgewinn. Bertolt Brecht bringt es in seinem Gedicht „Fragen eines lesenden Arbeiters“ auf den Punkt: „Wer baute das siebentorige Theben? In den Büchern stehen die Namen von Königen. Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?“ *Joachim Telemann*



Zum Motor für den Politikwechsel werden

Anmerkungen zu einem Papier

Am 25. Oktober traten die beiden Vorsitzenden der LINKEN, Gesine Löttsch, Klaus Ernst und der Vorsitzende der Linksfraktion, Gregor Gysi, mit einem Papier an die Öffentlichkeit, in dem sie die nach ihrer Auffassung aktuellen Aufgaben der Partei und der Bundestagsfraktion darlegten.

Anfänglich bewerten darin die drei LINKE-führenden Genossen die Arbeit des ersten Jahres der schwarz-gelben Bundesregierung. Was sie ihr dabei unter anderem vorhalten mussten, war ihr Versagen bei der Regulierung der Finanzmärkte, soziale Ungerechtigkeiten und der verfassungswidrige Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee. Kurzum, Frau Merkel selbst, und ihre Bundesregierung sind eine einzige Problemzone. Da verwundert es nicht, wenn die drei Spitzengenossen der Partei DIE LINKE. konstatieren müssen, dass der Unmut über die Politik der Regierung Merkel/Westerwelle wächst.

Besonders deutlich hat er sich ja in den letzten Monaten in der Auseinandersetzung um Stuttgart 21 und im Streit um die Atompolitik manifestiert. Ja – und nun mischen sich mal Bürger ein und wollen mitreden, was passierte am 30. September in Stuttgart? Die Polizei prügelte Schüler krankenhauserreif und einem Rentner das Augenlicht raus. Dann wundert man sich noch in Sonntagsreden über geringe Wahlbeteiligungen, über die Zurückhaltung gegenüber von Parteien oder gar über demokratiefeindliche Tendenzen? Der (Roland) Koch-Lehrling

und neue hessische Ministerpräsident Volker Bouffier ging sogar soweit, angesichts dieser neuen Bürgerbewegung von „Protestindustrie“ zu reden. Kennt da ein früherer Innenminister nicht das Grundgesetz: Freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit etc.?

Bekräftigung erfahren in dem Text viele, teils über Jahre vertretene Forderungen, die noch immer nicht umgesetzt worden sind: Gesetzlicher Mindestlohn, keine Rente mit 67, gute Arbeit und Gesundheit für alle. Und sie erinnern an das Engagement der Partei für den Frieden, womit sie viele Menschen überzeugt habe.

Als eine Aufgabe der LINKEN sehen die Autoren, dass sie zu einem Politikwechsel im Lande beiträgt. Da heißt es, in den Dialog mit Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden und Initiativen zu treten und mit ihnen andere gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten zu befördern.

Was SPD und Grüne angeht: Ohne sie wird es nicht gehen und ohne Druck von LINKS werden sie sich nicht dahin bewegen, wo wir sie haben wollen, damit sie auch für DIE LINKE. regierungsfähig sind. Irgendwann, so meine ich.

Wieder Löttsch, Ernst und Gysi: Bei der Auseinandersetzung mit SPD und Grünen sollten wir an Kernpositionen festhalten, wenn dies zu einer sozialen Politik der beiden Parteien führe, umso besser. Dann fungiert die LINKE nicht mehr nur als Korrektiv, sondern als Motor. Ganz stotterfrei wird diese Fahrt nicht werden, dafür gibt es zuviel Baustellen und Geis-

terfahrer. Als, sozusagen Wegration, formulierten die drei Verantwortungsträger gleich noch Markenzeichen linker Politik: Gegen Leiharbeit, Ausbau des Streikrechts, Steuergerechtigkeit, Einführung sozialer Grundrechte ins Grundgesetz, Bürgerversicherung, Stärkung der Parlamente, Zurückdrängung der Lobbyisten, Ausbau der Bürgerbeteiligung, Demokratie in der Wirtschaft ausbauen und mehr.

DIE LINKE. hat in den letzten Jahren viel erreicht. Sie ist fest im politischen System der Bundesrepublik verankert. Aber es gibt keine Garantie dafür, dass sie nicht wieder aus dieser Verankerung gerissen wird und in die Bedeutungslosigkeit fällt. Die Parteiarbeiter Löttsch, Ernst und Gysi haben daher nicht zu Unrecht kritisch an den Beginn des Jahres 2010 erinnert, wo DIE LINKE. mehr durch Passivität und Selbstbeschäftigung auffiel. Da hat die Partei viel Zuspruch verloren. Der muss nun wieder neu erarbeitet und verdient werden. Die nächsten Aufgaben und Ziele sind in dem hier besprochenen Papier aufgeschrieben. Nun sollte es darum gehen, dass dieses Acht-Seiten-Papier buchstäblich zu einem Arbeitspapier wird.

Die Arbeitsfelder sind ja benannt, unter anderem: Die Bundesregierung kritisieren, Gegenvorschläge unterbreiten, die Öffentlichkeit informieren, Protest organisieren, eigenes Profil stärken, die Grundlagen der eigenen Politik weiterentwickeln, Motor anwerfen und losfahren. Alles klar?

René Lindenau

Die Älteren sind die Verlierer am Arbeitsmarkt

Der Vorsitzende der Partei DIE LINKE., Klaus Ernst, erklärt anlässlich der Vorstellung des Überprüfungsberichts der Bundesregierung zur Rente ab 67:

Die Bundesregierung versteckt sich mit ihrem Bericht hinter dem konjunkturellen Aufschwung der letzten Monate.

Tatsächlich unterschlägt sie wichtige Indikatoren oder malt ein geschöntes Bild

der sozialen und wirtschaftlichen Lage Älterer. Während sie behauptet, der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten 60- bis 64-Jährigen habe sich seit 2000 verdoppelt und betrage jetzt rund 23 Prozent, unterschlägt sie gleichzeitig, dass noch immer weniger als zehn Prozent der 64-Jährigen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben. Diese Zahl sucht man in dem Bericht vergeblich.

Fakt ist auch, dass die Zahl der Arbeitslosen zwischen 55 und 65 Jahren, entgegen der positiven wirtschaftlichen Entwicklung, zuletzt sogar um sechs Prozent gestiegen ist. Die Älteren sind nicht

die Gewinner am Arbeitsmarkt, wie von Frau von der Leyen behauptet, sondern die größten Verlierer. Allein diese Zahlen zeigen, dass die Einführung der Rente ab 67 nicht vertretbar ist. Wenn die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten keine echte Chance hat, bis zum 65. Lebensjahr zu arbeiten, ist die der Rente ab 67 eine staatlich verordnete Rentenkürzung. Sie ist eine sozialpolitische Katastrophe für die Betroffenen.

Statt Gesetze zu brechen, muss die Bundesregierung die Rente ab 67 wenigstens auf Eis legen. Besser wäre, sie gleich einzustampfen.

Chancen für Veränderungen in Lateinamerika

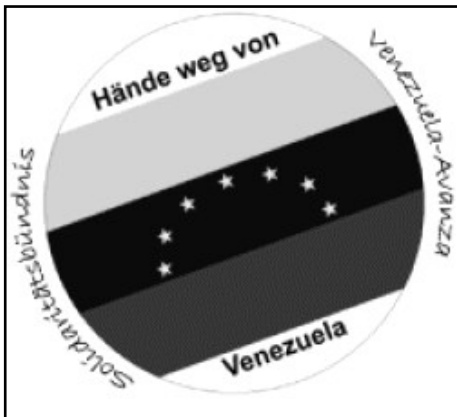
Ein durchgängiges Entwicklungskonzept fehlt noch

Der lateinamerikanische Subkontinent wird von ungefähr 500 Millionen Menschen bewohnt und die Einwohnerzahl wächst rasch. Die Bevölkerung ist ethnisch gemischt: Es leben Weiße und ihre Nachkommen, Nachfahren afrikanischer Sklaven, Indianer, Abkömmlinge asiatischer Herkunft und zwischen all diesen verschiedenen Ethnien Mischlinge. Spanisch ist verbreitet, spanischsprachige Medien werden in Lateinamerika fast überall verstanden.

Die Unterschiede zwischen Arm und Reich sind in Südamerika durch die Wirkungen des Neoliberalismus weltweit am größten. Viele Jahrzehnte herrschten Militärdiktaturen. Sie haben sich oft (zum Beispiel Argentinien und Chile) - auch von Gnaden der USA - blutig an die Macht geputscht. Das hat viele Menschen deprimiert und entpolitisiert.

Lateinamerika sucht seit Mitte der 90er Jahre nach gesellschaftlichen Veränderungen.

Weil wir mehr darüber wissen wollten, hatten wir zum 2. November, 17.00 Uhr, Herrn Dr. Winfried Hansch eingeladen, der dreizehn Jahre im diplomatischen Dienst der DDR dort tätig war und sein Wissen jetzt als Vorsitzender der Alexander von Humboldt-Gesellschaft-Freunde Lateinamerikas und in der Gesellschaft „Venezuela avanza“ weitergibt.



Dagegen und gegen noch bestehende ethnische Diskriminierungen sind die Völker seit 500 Jahren im Kampf. LINKE sind jetzt in zwölf Ländern, die 75 Prozent des südamerikanischen Territoriums und 80 Prozent seiner Einwohner umfassen, an

der Regierung beteiligt. Ein ehemaliger Stadtguerillero ist in Uruguay Senatspräsident, die Politemigrantin Marina Arismendi, die in Cottbus gelebt hat, ist jetzt Ministerin in Uruguay, Frau Bachelet, die in Berlin lebte, war Präsidentin von Chile. Der Präsident Boliviens, Evo Morales ist Aymara-Indianer und war Kokabauer.

Das alles war vor einigen Jahrzehnten unvorstellbar.

Die linken und basisdemokratischen Bewegungen kommen von unten, sie sind meist nicht von traditionellen Parteien getragen, nicht einheitlich und besitzen kein durchgängiges Konzept. Ihre Bewegungen haben aber Wahlerfolge und sie gewinnen auch mehrere Wahlen hintereinander.

Nicht alle streben den Sozialismus an, und kein Land ist eindeutig auf diesem Weg, auch Venezuela nicht. Dieses Land und Bolivien streben auch Verfassungsreformen an.

Einigend für alle ist die Ablehnung des Neoliberalismus. Angestrebt werden Primat der Politik über die Wirtschaft, Rekommunalisierungen, soziale Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Notstandsabwehr, im Gesundheitswesen und zur Verbesserung der Bildung.

Die katholische Kirche unterstützt teilweise solche Aktivitäten und die Theologie der Befreiung (Ernesto Cardenal, Frei Betto) kritisiert offen den Kapitalismus. Die Demokratie soll partizipatorisch werden, zum Beispiel durch Mitsprache der Bürger bei der Haushaltsplanung. Extreme Armut gilt als Demokratiehindernis.

Mehrere Länder versuchen sich durch gemeinsame Wirtschaftsorganisationen gegenseitige Handelserleichterungen und andere Hilfen zu gewähren und den Zahlungsverkehr möglichst vom US-Dollar zu lösen. Der Einfluss der USA geht zurück, ist aber noch bedeutend, auch im intellektuellen- und Medienbereich.

Eine linke Entwicklung in Lateinamerika ist möglich. Ein Erfolg wäre für die gesamte Welt extrem wichtig. Aber das ist keineswegs gesichert. Ein durchgängiges linkes Entwicklungskonzept fehlt. Die LINKEN haben zwar in manchen Ländern

die Regierung, aber nicht die Macht. Die Mittelschichten verhalten sich skeptisch und sind schwer zu gewinnen.

Die Wirtschaft beruht überwiegend auf Rohstoffexporten: Venezuela ist vom Erdölverkauf - auch an die USA - abhängig, Bolivien hat das für Akkus wichtige Lithium. Beides bringt zurzeit auf dem Weltmarkt gutes Geld. Aber der Verkauf verarbeiteter Industriegüter ist seit Jahrzehnten rückläufig, und dem Außenhandel fehlt dieses wichtige Standbein.



Ob die seit einiger Zeit aufgenommenen Kontakte zu China, Indien und Iran das kompensieren können, ist ungewiss. Die USA verfügen über Militärbasen in Kolumbien, Ecuador und Panama sowie in der Karibik und können mit Langstreckenflugzeugen alle Teile ihres Hinterhofes erreichen.

Und was denken die progressiven Kräfte Südamerikas über uns? Sie sind auf Distanz zum europäischen „realsozialistischen“ Versuch, Chavez betrachtet ihn aber als universelles Erbe der Menschheit. Und über die Gegenwart sagen sie: „Gut, dass es LINKE in Europa gibt“.

Wir können voneinander lernen und sie brauchen unsere Solidarität - enttäuschen wir sie nicht!

Weitere Informationen sind bei mir erhältlich.

Dietrich Loeff

Zum 225. Pückler-Geburtstag

Einer, der es verstand, zu glänzen

Viertes Bändchen der Pückler-Sprüche im REGIA Verlag erschienen

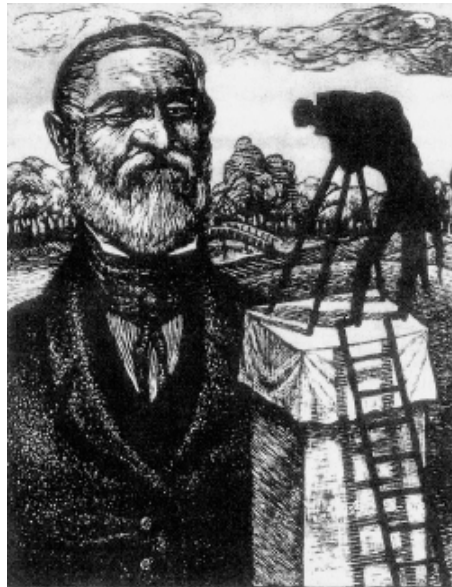
Fernab von Edelnutten und Purzelbäume schlagenden Liliputanern, die den alten Pückler in dem provokanten Kresnik-Stück „Fürst Pücklers Utopia“ umschwärmen, fand am 8. November die Buchpremiere „Pückler – Fassetten & Episoden“ ein zahlreiches Publikum. An die hundert Leser, angetan von dem Fürsten und dessen Kenner und Verehrer Hans-Hermann Krönert, drängten sich im Stadtmuseum.

Anlässlich des 225. Geburtstages Pücklers war das vierte Bändchen der „Sprüche“ im REGIA Verlag erschienen. Dora Liersch, Steffen Krestin und Christian Friedrich plauderten mal ernsthaft, mal komisch, aber immer amüsant über das bewegte Leben des Fürsten.

Die Herausgabe des vierten Bandes der Sprüche in dieser Reihe zu erleben, war dem Autor, Heimatforscher und langjährigen Leiter des Redaktionsbeirates des Cottbuser Heimatkaltenders, der am 30. Mai 1910 verstarb, leider nicht mehr vergönnt. Seine Tochter Katrin hatte die Korrekturen gewissenhaft betreut und so das Werk des Pückler-Kenners in seinem Sinne zum guten Ende geführt.

Im Kresnik-Stück, das dieser Tage am Staatstheater Cottbus Premiere hatte, steuert Marx den roten Trabi, der über die Bühne rollt. Nun ist zwar Pückler seinem

großen Zeitgenossen Marx tatsächlich nie begegnet, und dass dieser dessen Leben steuerte, davon kann keine Rede sein.



Dagmar Schulze: Fürst Pückler und sein Fotograf, Holzstich (1985)

Doch ist der Fürst ihm gedanklich gar nicht so fern, schließlich kannte und schätzte er den utopischen Sozialisten Saint-Simon, der Produktionsmittel in Gemeineigentum sehen wollte und eine Regierung der Tüchtigen forderte. In die-

sem Licht ist auch Pücklers spätes Friedensbekenntnis zu sehen: „Mögen unsere Generäle ja lauter Napoleons de la Paix (des Friedens) bleiben“, und „Lasst ab von jeglichem Waffengebrauch, damit die Liebe nicht stirbt, das Leben nicht gewaltsam verdirbt.“ Ein Zeugnis beachtlicher Altersweisheit.

Pückler verstand es aber auch zu glänzen. was die drei Plauderer am Lesetisch mit köstlichen Episoden belegten. „Dieser eigenwillige Adlige des 19. Jahrhunderts schillerte in jeder Beziehung. Er war eitel und unwiderstehlich. Er wurde vergöttert und gemissbilligt“, schreibt Hans-Hermanns Tochter Katrin über ihn.

Freilich war er eitel, dieser Fürst, und er würde sich wohl tüchtig geschmeichelt fühlen, könnte er lesen, was so alles in seinem Namen kommerziell unter die Leute gebracht wird, vom Liebestropfen bis zum Pückler-Kapitalbrief. Eitel also, aber auch ein unermüdlicher Arbeiter, Verfasser von zehn Büchern in 29 Bänden, ein Büchernarr, Sprachschöpfer, Briefeschreiber, ein Salonlöwe und Weltreisender.

Wir alle haben diesen Abend sehr genossen, Pücklers Sentenzen und die feinsinnigen Kommentare des Autors dazu, dem wir noch einmal Danke sagen.

GeKa

Nun soll endlich deutsch gesprochen werden!

Es ist unfassbar: Endlich soll offiziell deutsch gesprochen werden! So wünscht es zumindest der Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU).

Ein Wahnsinn! Die deutsche Sprache muss nun im Grundgesetz verankert werden. Hoffentlich im deutschen, denkt man zumindest.

Man könnte es ja auch weltweit verankern. Dann brauchte niemand eine andere Sprache mehr lernen. Was die noch nicht Deutschsprechenden dann tun, ist ihr Problem. Immerhin, so Lammert, ist ja auch Deutsch bereits in den Verfassungen von Österreich, der Schweiz und Liechtenstein als Landessprache befohlen.

Aber in Deutschland soll es nun endlich gelten, damit alle aus dem nichtdeutschsprachigen Ausland hier Lebenden, endlich einmal wissen was Fakt ist: Nämlich deutsch sprechen! Aber auch Deutsch schreiben? Da wird es schon kompliziert. Tenn wär gann schon richtisch schreipen?

Da gibt es die neue deutsche Rechtschreibung, die einmal Dieses und einmal Jenes empfiehlt. Also: Studieren, studieren, studieren! Doch, was mir in diesem Zusammenhang noch einfällt: Deutsch schön und gut. Aber, was wird nun beispielsweise (die ausländisch Sprechenden einmal ausgenommen) aus den noch in diesem deutschsprachigen Land lebenden Bayern, Schwaben, Sachsen,

Ostfriesen, Norddeutschen insgesamt, Thüringern, Oberlausitzern, Schlesiern, Sorben, Wenden und noch vielen, vielen anderen? Müssen sie künftig noch einmal die Schulbank drücken, um total richtig deutsch zu lernen?

Wenn sie es nicht tun, werden sie dann ausgewiesen? Vielleicht auf den Mond? Dort ist es ja eh egal, ob man deutsch redet oder nicht. Und wenn schon, dann sollte man mondisch-modisch aussehen. Doch dazu braucht man erst einmal eine Prüfung! In Deutsch!

Isch weiss nischt, fass sohl äs petäuten! Pfiehlai chd hülfld mir währ?

Isch weiss es nischt, isch weiss es nischt. *howi bittet um Hilfe*

20 Jahre Filmfestival in Cottbus

Im 20. Jubiläumsjahr blickte die Filmwelt auf Cottbus, als das Festival des osteuropäischen Films prominente Regisseure, Darsteller und Produzenten aus Ost und West nach Cottbus holte.

Im Laufe seiner inzwischen 20-jährigen Geschichte hat sich das Festival zum bevorzugten Forum des Kinos unserer östlichen Nachbarn etablieren können. Und so war auch es auch in diesem Jahr, dass man sich in Cottbus einen einzigartigen Überblick über die aktuelle Filmszene Mittel- und Osteuropas verschaffen und sie erleben konnte.

Neben den beiden Wettbewerben für Spiel- und Kurzspielfilme, die wiederum die bemerkenswertesten Produktionen in deutscher und internationaler Erstaufführung präsentierten, wurden eigene Programmreihen, wie das aktuelle Kino Russlands und Polens vorgestellt.

Unter dem Titel globalEAST wurde den vielfältigen Einflüsse Osteuropas im internationalen Kino der Gegenwart nachgespürt und den Zuschauern ein breites Spektrum gezeigt und ihnen nahe gebracht. Eine ausgedehnte Kurzfilmreise hatte erstmals zur Erkundung aller Kinematographien des gesamten mittel- und osteuropäischen Raumes eingeladen.

Das umfangreiche Filmprogramm wurde ergänzt durch vielfältigste Veranstaltungen, wo die Begegnung mit Menschen verschiedener Kulturen und Mentalitäten zum Gedankenaustausch anregte.

Der Film „Cirkus Columbia“ zeigte in einer kleinen Geschichte, wie der Krieg in Jugoslawien-Bosnien-Herzegowina in die kleinste Familie eindringt und sie auseinanderreißt.

Tausende Besucher zeigten, dass das Interesse am Film und auch aus Osteuropa ungebrochen ist. Und das Festival bietet die Plattform, sich aktuell zu informieren.

Das Filmfestival ist für Cottbus ein Alleinstellungsmerkmal und hat sich zu einem Wirtschaftsfaktor und Werbeträger für die Stadt entwickelt. Deshalb ist es wichtig und richtig, wenn auf die Frage: „Werden sie auch in Zukunft das Filmfestival unterstützen?“ Ministerpräsident Platzeck und Oberbürgermeister Szymanski antworteten: „Klar!“

Annelie Richter, Mitglied des Kultur- und Bildungsausschusses Cottbus

Zwei Jahrzehnte auf Erfolgskurs für soziale Belange und Toleranz

Aktives Wirken im Demokratischen Frauenbund e.V. gewürdigt

Aus Anlass des 20. Jahrestages der Gründung des Demokratischen Frauenbundes e.V. fanden sich kürzlich aktive Mitglieder und Sympathisantinnen zu einer Feierstunde im Kommunikationszentrum für Frauen „Lila Villa“ zusammen.

Frau Dr. Annelie Reißmann, Stellvertretende Vorsitzende des Landesvorstandes Brandenburg des dfb e.V., erinnerte in ihrer Festrede an den Anfang, als am 27. Oktober 1990 Frauen aus allen neuen Bundesländern in Berlin nach langer, teilweise kontroverser und emotional geführter Diskussion den Demokratischen Frauenbund e.V. gründeten. „Wir wussten, etwas Neues muss her, aber der Ausgang dieser Neugründung war für uns damals noch nicht vorstellbar.“

Entsprechend den Forderungen der Basis beschloss der damalige Bundesvorstand die Bildung von Landesvorständen, die seither in allen fünf neuen Bundesländern wirken. Der Landesverband Brandenburg hat gegenwärtig 660 Mitglieder in 29 Basisgruppen, die vor Ort mit anderen ehrenamtlichen Kräften zum Gemeinwohl wirken.

Frau Dr. Reißmann nannte als Ziele aus der Satzung des Vereins unter anderem die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Berufsleben.

Schwerpunkte der Satzung sind auch der Einsatz für soziale Belange der Familien und die Förderung der Völkerverständigung, Toleranz und internationalen Gesinnung. Dem dienen unter anderem die Deutsch-Sprachkurse und Gesprächsrunden mit Frauen und Familien mit Immigrationshintergrund in den Kontaktstellen des dfb e.V..

Eine gute Adresse hierfür ist auch die Kontaktstelle „Frauen für Frauen“ in Cottbus in der „Lila Villa“.

Seine Gemeinnützigkeit bewies der Verein im Land Brandenburg ebenfalls als Träger von zwei Kindereinrichtungen, von drei sozialpsychologischen Kontaktstellen für Schwangere und Familien, als Initiator eines Mehrgenerationshauses, eines Bürgerhauses und vieler Frauen- und Familientreffen.

Beachtliches wurde erreicht im Kampf gegen Frauenarbeitslosigkeit. In umfangreicher ehrenamtlicher Arbeit gelang anfangs die Gründung von ABM-Projekten und später von Projekten für Ein-Euro-Jobs, mit denen Hunderten von Frauen eine Möglichkeit gegeben wurde, aus der Isolierung der Arbeitslosigkeit herauszukommen. Als mit dem sogenannten Kommunal-Kombilohn eine neue Möglichkeit geboten wurde, Langzeitarbeitslose für drei Jahre in Arbeit zu bringen, ergriffen die Aktiven des Frauenvereins sofort mit Projektvorschlägen die Initiative.

Heute gibt es im Land Brandenburg vielfältige Projekte des Frauenvereins an 23 Standorten, in denen 107 Arbeitskräfte in einem versicherungspflichtigen Beschäftigtenverhältnis und 271 in einem Ein-Euro-Job tätig sind.

Frau Dr. Reißmann betonte, dass alle genannten Aktivitäten, darunter auch bei der Integration von bei uns lebenden Ausländerinnen und deren Familien, nicht denkbar wären ohne das große Engagement der Frauen in den Basisgruppen, die Zusammenarbeit mit den vielen ehrenamtlichen Helferinnen (in Brandenburg etwa 200) und die Unterstützung durch Verantwortliche in Institutionen. Sie sprach den anwesenden Vertreterinnen den Dank aus.

Ein besonderes Dankeschön galt der Gruppe 20 in Cottbus-Sandow für ihre kulturellen Aktivitäten mit Frauen der jüdischen Gemeinde und der Basisgruppe Kiekebusch, die junge Frauen als Mitglieder gewinnen konnte.

B. S.

Seit 1993 ist der dfb e.V. Mitglied im Deutschen Frauenrat, Dachverband von 57 Frauenverbänden in Deutschland



Und sie trafen sich doch

Die „Freie Presse“ Chemnitz brachte die Autoren des Buches „Ost-West-Denkstrukturen“ in Cottbus zusammen

„Ein Lehrer aus Speyer und ein Ex-Staatsanwalt aus Cottbus arbeiteten sich in einem Briefwechsel an der deutsch-deutschen Geschichte ab und an ihren eigenen Denkstrukturen. Begegnet sind sich die Beiden noch nicht“, schrieb „DIE RHEINLANDPFALZ AM SONNTAG“ am 11. April diesen Jahres. Über den Briefwechsel erschien inzwischen das Buch „Ost-West-Denkstrukturen“. Ein Briefwechsel zwischen Brandenburg und Hessen/Rheinland/Pfalz 1996-2008. Ein lesenswertes Buch für politisch und geschichtlich interessierte Leute in Ost und West, aber nicht nur für diese Zeitgenossen. Bücher, deren Hauptinhalt Briefe sind, stoßen auch bei anderen Leserkreisen auf Interesse wissen Buchhändler sehr genau. Ob es auch in diesem Fall so wird?



Die Autoren Hans Christange (75) und Klaus Stenzel (50) schlossen ein Treffen auch nach über 12-jährigem Briefwechsel bislang aus. Eva Prase schreibt dazu in der „Freien Presse“ über das Treffen im Cottbuser Hotel Radisson: „Christange und Stenzel pflegten nur schriftlichen Kontakt. Kein Telefonat. Kein Besuch. Beide hörten weder die Stimme des anderen, noch wollten sie sich in die Augen schauen. So wahrten sie ein Stück Anonymität – um sich in ihren Briefen immer wieder anzugreifen. Zu verletzen.“

„Anonymität schützt“, sagt Stenzel. Vor Jahresfrist hatte er zwar Gedanken an ein Treffen, wehrte sie aber wieder ab: „Ich forcire das nicht.“ Christange sagte damals, es gebe „für engere Kontakte kein Interesse“.

Eine halbe Stunde vor dem Termin erscheint er. „Freie Presse“-Autorin Eva Prase bemerkt: „Er freut sich, es scheint ein wichtiger Tag für ihn.“ So offenbar

auch für Klaus Stenzel, der aus dem 750 Kilometer entfernten Speyer anreist. In der Regionalzeitung aus Sachsen ist über das dreistündige Gespräch unter anderem zu lesen: „Nun sitzen sie nebeneinander, jeder das Buch in den Händen, das maßgeblich auf Betreiben von Stenzel entstand. Was er, der Westdeutsche, für einen Weg genommen hätte, wäre er im Osten aufgewachsen und nicht in West-Berlin? Der Mann aus Speyer schaut perplex. Er hat noch nie auf diese Weise mit den Gedanken gespielt. Dennoch reklamierte er, Jahrgang 1960, für sich, dass er aufgrund seines Elternhauses „sicher kein glühender Anhänger des Systems“ geworden wäre. „Ich möchte nicht sagen, dass ich Widerstandskämpfer geworden wäre. Aber 1989 hätte ich mich bestimmt bei der Opposition wiedergefunden.“ Genau betrachtet: Ein Mensch, der sich anpasst. So wie die Mehrheit. Denn wie viele Menschen waren glühende Anhänger der DDR? Fand sich 1989 nicht plötzlich die große Mehrheit in der Opposition?

Christange schimpft auf diese ost-deutschen Wendehälse, die von heute auf morgen „ihre Identität über Bord geworfen“ hätten. Auch er hat noch nicht überlegt, was aus ihm im Westen geworden wäre. „Bestimmt hätte ich mich der FDJ angeschlossen. Die gab es ja nach dem Krieg auch drüben.“ Er ist der DDR dankbar, dass er Jura studieren durfte. „Ich war ja ein Arbeiterkind.“ Was, wenn er ein Pfarrerskind gewesen wäre? „Weiß ich nicht.“

Klaus Stenzel resümiert, dass die beiden wohl nie auf einen Nenner kommen. „Auf der menschlichen Ebene verstehen wir uns. Da ist die Akzeptanz des Anderen da. Aber politisch? Nein!“ Hans Christange gibt nicht auf: „Ich denke, wir wollen beide weiter nach Konsensmöglichkeiten suchen.“

Darum sollte es wohl überall in solchen Gesprächen gehen. Christange und Stenzel reden mit- und nicht übereinander. Damit sind sie zweifellos beispielgebend für alle diejenigen, denen bisher nur Stammtischgespräche am Herz liegen. Die Wahrheit bleibt in solchen Runden manchmal auf der Strecke. Wer Hans Christange kennt, der weiß, wie sehr ihm die Wahrheit am Herzen liegt. Ihn stört es gewaltig, wenn es einer mit ihr nicht so genau nimmt. Wer die Wahrheit

nicht weiß, ist ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher“, soll Bertolt Brecht zu diesem Thema gesagt haben. Klaus Stenzel und Hans Christange – so kann man ihren Briefwechsel sicher auch deuten – sind bemüht, der Wahrheit so nahe wie möglich zu kommen.

Text: Harald Müller

Foto: www.freiepresse.de

Hans Christange & Klaus Stenzel
„Ost-West-Denkstrukturen“
Nora Verlagsgemeinschaft, Berlin 2009
ISBN 978-3-86557-215-8

Am Weihnachtsbaume...

Melodie: Am Weihnachtsbaume
die Lichter brennen

Am Weihnachtsbaume
die Lichter brennen,
doch hat nicht jeder
solchen Baum.
Hartz-IV-Empfänger
könn' keinen kaufen,
die könn' sich höchstens einen klau'n.

Oh preist Euch glücklich,
Ihr alten Leute,
denn Eure Rente ist noch hoch.
Jedoch die andern,
die jung sind heute
und arbeitslos, was krieg'n die noch ?

Drei Engel schweben
hoch in den Wolken,
sind unserm Leben gar nicht nah.
Von der Leyen heißt der eine,
der Erzengel heißt Angela.

Der dritte droht zu unsren Häuptern,
Philipp Rösler sein Name ist.
Er war als Stabsarzt
vielleicht brauchbar,
doch als Gesundheitsminister nicht.

Nun lasst die Weihnachtskerzen
brennen
Sofern ihr welche zuhause habt.
Und denkt beim Weihnachtslieder
singen,
dass es schon bessere Weihnacht gab.

Günter Düring

Spätromische Dekadenz in Westerwelles Ministerium

„Die Bundesregierung kürzt im Sozialbereich an allen Ecken und Enden und schmeißt gleichzeitig das Geld aus den Fenstern der Amtsstuben“, erklärt Gesine Löttsch zu dem Bericht des Bundesrechnungshofes.

Das Mitglied des Vorstandes der Fraktion DIE LINKE. weiter: „In Anbetracht des größten Kürzungspaketes in der Geschichte der Bundesrepublik ist die dauerhafte Verschwendung von Steuergeldern durch die Bundesregierung noch weniger zu ertragen.“

Nur ein Beispiel: Für fünf überdimensionierte Dienstwohnungen des Auswärtigen Amtes in Mauretanien wurden 3,5 Millionen Euro in den mauretanischen Sand gesetzt. Dazu ließ man eigens 35 Handwerker aus Deutschland einfliegen. Allein dieser Luxus kostet den Steuerzahler fast eine Millionen Euro.

Dieses Beispiel erinnert an spätromische Dekadenz, die Herr Westerwelle Arbeitslosen unterstellte. Offensichtlich hat der Außenminister kein Problem mit spätromischer Dekadenz in seinem eigenen Ministerium.

DIE LINKE. fordert: Steuergelder dürfen nicht mehr verschwendet werden. Die Kontrolle muss zur Chefsache werden. Wenn Steuergelder in Größenordnungen verschleudert werden, muss es auch personelle Konsequenzen geben.“



Atommüll! Und kein Ende!?



Aus Cottbus fuhr (nur) ein von attac organisierter Bus am 6. November zur Groß-Demo nach Dannenberg, um den Protest gegen die Atommülltransporte in ein nicht vorhandenes Endlager und die von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke zu unterstützen.

Die Argumente für und gegen Atomkraft sind nicht neu. Jedoch sei erinnert, dass es weltweit kein einziges Atomendlager gibt. Das Weiterbetreiben allein der deutschen AKW produziert zusätzliche 5000 Tonnen Atommüll. Akute Gefährdung geht für mindestens 40 000 Jahre von diesem Müll aus. Die Radioaktivität wird aber erst in rund einer Million Jahren abklingen. Es müssen sich also noch Generationen nach uns mit unserem Müll beschäftigen.

Wer kann solche Risiken verantworten? Wer möchte solchen Unrat vor seiner Haustür haben? Die Erkundung von Endlagern in Bayern und Baden-Württemberg, den Befürwortern der Laufzeitverlängerung, wird prompt abgelehnt. Wer kann es den Menschen im Wendland verdenken, dass sie seit rund 30 Jahren sich gegen die Atomdepots zur Wehr setzen? Ein Ende scheint nicht absehbar - oder doch?

Die Groß-Demo machte Mut, weil es ein breiter, solidarischer und demokratischer Protest war gegen eine gegen die Menschheitsinteressen gerichteten Politik dieser Bundesregierung. Ein Kommunalpolitiker äußerte sich, dass es nicht verwundern könne, wenn sich der

Staat in vielen Bereichen aus der Verantwortung ziehe, dass dann Bürger diese Verantwortung selbst übernehmen und selbst entscheiden wollen.

Mut machte diese Groß-Demo auch dadurch, weil sie mit sehr viel Engagement ideenreich, kreativ und umsichtig vorbereitet wurde und ein breites Bündnis ansonsten politisch sehr unterschiedlich orientierter Menschen einbezog. Es beteiligten sich Bauern mit ihren Traktoren, Bio-Bauern, Künstler, Bürgerbündnisse, Gewerkschaften, Parteien, Schülergruppen, die Initiative 60 (Veteranen des Protestes von heute über 60-Jährigen), Biker, an den meisten Häusern sieht man die „gelben X“ als Protest gegen die Castor-Transporte und vieles andere.

Es gab in den Medien viele Diskussionen rund um das Thema, ob das Besetzen von Gleisen, Straßen und so weiter kriminell sei. Auf einem Plakat in Dannenberg war zu lesen: „Wenn Ihr unser Leben nicht achtet - dann achten wir Eure Gesetze nicht! Kinder haften für ihre Eltern!“ Es drückt letztlich nur aus, dass das Kapital die heutigen Politiker dominiert und bereit ist, ohne Skrupel die Lebensgrundlagen der Menschheit zu zerstören. Und da ist die Atomkraft nur ein Beispiel.

Deshalb ist hier auch DIE LINKE. gefragt, wie sie dazu steht und das nicht nur in Verlautbarungen, sondern auch durch Mobilisierung und Protest praktisch vor Ort. Fahren das nächste Mal vielleicht 1-2-3-viele Busse aus unserer Region?

Text und Foto: Frithjof Newiak

Die Groß-Demo in Zahlen hat das „ND“ zusammengestellt:

11836 Landespolizisten,
8156 Bundespolizisten,
131 verletzte Polizisten,
950 verletzte Demonstranten,
1316 Ingewahrsamnahmen,
306 Platzverweise,
172 Strafverfahren,
über 50 000 Demonstranten,
300 Autonome,
4000 bis 5000 „eventorientierte“
Demonstranten,
117 sichergestellte Traktoren.



Die Vergangenheit sichtbar machen

Die AG Geschichte des Kreisverbandes hat den Arbeitsplan für das kommende Jahr besprochen. Wir wollen eine Zeitleiste erstellen, die mit dem Jahr 1945 beginnt und 1990 endet. 45 Jahre deutsche Geschichte sollen dargestellt und diskutiert werden. Wichtige politische Entscheidungen der Siegermächte im Nachkriegsdeutschland ebenso wie Beschlüsse der Regierungen von DDR und BRD sollen aufgezeigt und mit Fotos auf der Zeitleiste dargestellt werden.

Zu wichtigen Ereignissen werden Dokumente, Presseberichte und Aussagen von Zeitzeugen gesammelt. Diese Unterlagen werden in der Geschäftsstelle dann allen, die an Geschichte interessiert sind, zur Verfügung stehen. Ziel ist es, die Vergangenheit sichtbar zu machen, Fehler der Politik, die zu Lasten der Bevölkerung

gingen, aufzuzeigen, ohne eine Verherrlichung oder Dämonisierung der einen oder der anderen Seite vorzunehmen.

Die AG Geschichte wird folgenden Fragen nachgehen:

Was führte zur Spaltung Deutschlands? Was geschah während des Kalten Krieges? Wie kam es zur Annäherung der beiden Teile Deutschlands? Was führte schließlich zum Untergang der DDR?

Als erstes historisch wichtiges Ereignis soll das Potsdamer Abkommen auf dem Treffen der AG im Januar erörtert werden. Dabei interessiert besonders, wie die Forderungen nach Entnazifizierung und der demokratischen Erneuerung Deutschlands von den Alliierten umgesetzt wurden.

Weitere Themen werden auch sein:
Der Zusammenschluss von SPD und KPD

zur SED und das Verbot der KPD im Westen. War das Geschehen am 17. Juni 1953 eine vom Westen gesteuerte Provokation oder war es ein Volksaufstand? Welchen Anteil hatten die Friedensbewegungen der BRD und der DDR an der Beendigung der Aufrüstungsspirale?

Die AG Geschichte trifft sich an jedem 2. Mittwoch im Monat um 9.30 Uhr in der Geschäftsstelle. Wer sich an der Aufarbeitung der deutschen Geschichte beteiligen will, ist herzlich willkommen. Das jeweilige Thema der Treffen wird im „Herzblatt“ bekanntgemacht. Zur Einstimmung auf das gesamtdeutsche Thema zeigen wir am 8. Dezember den Film „Lenin kam nur bis Lüdenscheid“.

*Herta Venter,
AG Geschichte*

Sind wir noch „das Volk“?

Diese Frage stellen sich momentan wohl viele Bundesbürger. Denn was die vom Volke gewählte Regierung momentan so tut, ist eigentlich gegen den Willen einer großen Mehrheit. Zwei Beispiele belegen das:

Stuttgart 21: Da haben die Herren Mappus, Grube und Andere einfach über die Köpfe der Stuttgarter hinweg beschlossen, nicht nur den Bahnhof tiefer zu legen sondern auch noch ein paar Milliarden in diesem Grab zu versenken.

Doch die Einwohner Stuttgarts wollen keinen teuren feinen Bahnhof. Das Geld ist anderswo besser angelegt, sagen sie und überhaupt: Wir haben doch einen Bahnhof! Bürgerproteste blieben ungehört. Bis die Abrissbagger kamen. Mit brutaler Polizeigewalt ging man gegen demonstrierende Normalbürger vor.

Und die Stuttgarter fragen sich: Werden wir als Volk eigentlich noch gefragt, wenn weiter oben Entscheidungen getroffen werden?

Atomenergie: Der von der früheren rot-grünen Bundesregierung beschlossene Atomausstieg wurde – gegen eine breite Atomkraftgegner-Bewegung – nun durch Schwarz-Gelb wieder rückgängig gemacht.

Schon jetzt ist die Frage der Endlagerung von Atommüll ungeklärt – und nun wird durch die Verlängerung der

AKW-Laufzeiten noch viel mehr Müll produziert. Nicht nur die Bevölkerung im Wendland fühlt sich betrogen. Und die gewaltigen Proteste gegen die Castor-Transporte im November im niedersächsischen Dannenberg und in Gorleben sollten der Bundesregierung ein deutliches Signal vom Volke geben. Die Reaktion war ein riesiges Polizeiaufgebot, welches zum Teil mit brutaler Gewalt gegen die Atomkraftgegner vorging. Ob nun das Beschädigen der Gleisanlagen durch Aktivisten über den zivilen Ungehorsam hinausgeht oder nicht, sei mal dahingestellt. Aber dies rechtfertigt nicht den Einsatz von Wasserwerfern, Schlagstöcken und Pfefferspray. Dabei fühlt sich nicht nur der normale Bürger betrogen sondern auch die Polizisten: Sie werden einfach „verheizt“, um die Proteste gegen die volksferne Politik der Regierung zu unterdrücken. Denn in jeder Uniform und in jedem Kampfanzug steckt auch ein Bürger, der ebenso unzufrieden ist wie die Demonstranten, gegen die er zu Felde ziehen muss.

Innenminister Thomas de Mazière meinte gar: „Demonstranten haben nicht das Recht, gegen eine demokratische Entscheidung zum Protest aufzurufen!“ Nebenbei gesagt war die Entscheidung für längere AKW-Laufzeiten eigentlich ein Deal mit der Atomlobby und hatte mit De-

mokratie nichts zu tun. Und die Reaktion der Politik auf die Volksabstimmung mit den Füßen?

Es wird weiter so regiert – schlimmer noch: Der Salzstock Gorleben soll weiter erforscht werden mit dem Ziel, aus dem vorhandenen Zwischenlager ein Endlager zu machen, obwohl bekannt ist, dass hier die gleichen Probleme bestehen wie im Salzstock Asse. Und ein großer Teil der Kosten für den gewaltigen Polizeieinsatz im Wendland an jenem Novemberwochenende soll dem Land Niedersachsen aufgebürdet werden. Am besten sogar den Atomkraftgegnern selbst – denn die seien schließlich schuld gewesen an den Zwischenfällen während des Castor-Transportes nach Gorleben. Und an der Atompolitik wird weiter festgehalten – basta! Auch in Stuttgart wird es letztendlich so enden – denn Ministerpräsident Mappus und Bahnchef Grube wollen unbedingt den neuen milliardenteuren Bahnhof – gegen den Willen des Volkes!

Also – sind wir noch das Volk?

Sigrid Mertineit

Volksmassen sind wie Lawinen, schon ein Schrei kann sie in Bewegung setzen.

Zarko Petan

„Bücherei Sandow e.V.“ im neuen Domizil

Seit dem 15. November nun in der Christoph-Kolumbus-Schule



Der Kulturverein „Bücherei Sandow e.V.“ konnte nach der Schließung der Bücherei am 1. Oktober am alten endlich an seinen neuen Standort ziehen und eröffnete am 15. November in der Christoph-Kolumbus-Schule in der Muskauer Straße 1 sein neues Domizil.

Endlich ist es gelungen, wieder ein neues Zuhause in der Sandower Mitte zu haben und wieder in eine Schule einzuziehen, erklärte die Vereinsvorsitzende Gudrun Hibsich zur Begrüßung der zahlreich erschienenen Gäste an diesem Tage.

„Wir sehen hier auch neue Wege und Möglichkeiten und vieles mehr, uns zu präsentieren. Wir wollen nach wie vor ein kulturelles Angebot für alle Bürger geben.“ In den vergangenen zehn Jahren, seitdem der Verein besteht, ist das gelungen und das soll auch möglichst noch besser, zumindest in den kommenden zehn Jahren geschehen. „Wir haben viel für die Kultur in diesem Stadtteil getan und wollen und werden noch möglichst

vielmehr tun. Wir wollen Vielfältigkeit und Toleranz der Kultur erhöhen, und wir sind zuversichtlich für die Zukunft“, so Gudrun Hibsich.

Genau das betonte auch der Vorsitzende des Sandower Bürgervereins, Roland Schöpe. Er erklärte: „Das heutige Bücherei-Treffen ist ein Höhepunkt für unseren Verein. Genau vor 15 Jahren hat er mit seiner Arbeit begonnen. Wir hatten Höhen und Tiefen, aber wir sind wieder im Kommen. Wir wollen gemeinsam mit der Bücherei das Wohlbefinden der Menschen hier verstärken.“

Die Sandower Bücherei bietet weit über 6000 sogenannte Medieneinheiten, das sind Schöngeistige Literatur, Kriminal-, Reise-, Sach-, Kinder- und Kirchenliteratur, Zeitschriften, Videos, Musikkassetten und CD. Und sie steht für alle offen, von Jung bis Alt.



Weit über 100 Stammler nutzen sie. Und sie besuchen auch die zahlreichen Veranstaltungen, mit denen sie zum kul-

turellen Kern des Stadtteils geworden ist und bleiben will.

Die nächste Veranstaltung ist übrigens am 9. Dezember um 16.00 Uhr, eine vorweihnachtliche Veranstaltung mit der Heimatforscherin Dora Liersch.

Die Bücherei Sandow hat 30 ehrenamtliche Vereinsmitglieder.



Gudrun Hibsich, einige Tage nach der Veranstaltung auch mit der Ehrenmedaille der Stadt Cottbus ausgezeichnet, sprach noch eine große Bitte aus: „Wir wären sehr dankbar für neue Vereinsmitglieder!“

Öffnungszeiten der Bücherei:

Montag und Freitag jeweils von 13.00 bis 17.00 Uhr und
Mittwoch von 9.00 bis 13.00 Uhr.

Man kann sie auch telefonisch erreichen: 0355/7 29 98 88 oder per E-Mail: www.buecherei-sandow.de

Text und Fotos: Horst Wiesner

„Immer geradeaus“

Eine Autorenlesung mit Landolf Scherzer

Am 27. Oktober las Landolf Scherzer in der Cottbuser Stadt- und Regionalbücherei aus einem seiner neuen Bücher. Der Thüringer, Jahrgang 1941, ist dafür bekannt, sich über allgemein bewegende Fragen vor Ort zu unterrichten, mit den Leuten zu reden und durch seine warme Menschlichkeit authentische und berührende Auskünfte zu erhalten.

Diesmal hat er sich auf einen fünfwöchigen Fußmarsch durch Teile Südosteuropas gewagt, spürte den großen politischen Veränderungen im Leben der Menschen in Ungarn, Kroatien, Serbien

und Rumänien nach und lässt den Leser durch charakteristische Einzelheiten daran lebendigen Anteil nehmen. Er trifft – immer auf der Suche nach Eßbarem und einem Schlafplatz – Hilfsbereite, die ihn unbewacht in ihr Haus lassen, ohne ihn auch nur nach seinem Namen zu fragen.

Er trifft Kroaten, die die Serben hassen, und einen Serben, der Scherzer die Tür verschließt, als er dessen Nationalität erfährt. NATO-Bomben haben im Balkankrieg 1999 seinen Sohn getötet. So entsteht ein eindringliches Bild des Lebens und Leidens in den abgelegensten Teilen

dieser Länder, aus denen wir über unsere Medien eh nicht viel erfahren.

Ich kann die Lektüre des Buches, wie auch andere Bücher von Landolf Scherzer, nur sehr empfehlen.

Dietrich Loeff

Landolf Scherzer

„Immer geradeaus“

Zu Fuß durch Europas Osten
Erschienen 2010 im Aufbau-Verlag
ISBN-10: 3-351-02715-X
EAN:978-3-351-02715-5



Zunächst das Beste zum Jahresende!

2011 weiter so, oder ganz anders, oder wie und überhaupt?

Liebe wahnsinnig begeisterte „Herzblatt“-Leser!

Ich, der ich bereits einige Zeit mit unserer Zeitung zu tun habe, erlaube mir, Ihnen allen ein Super-Weihnachtsfest und dann einen hoffentlich gesunden Rutsch in das kommende Jahr, es wird 2011 genannt, zu wünschen.

Dieses kommt mehr als nur aus meinem Herzen. Dieses ist der Wunsch, dass irgendwie Alles endlich wieder einmal so werden wird, wie wir es uns nicht nur wünschen, sondern wie wir es auch Alle verdienen.

Und mit WIR meine ich absolut nicht nur uns, sondern alle Menschen auf dieser Welt.

Und die absolute Masse braucht es! Millionen, Milliarden nagen am Hungertuch, sie sterben jämmerlich, niemand hilft ihnen.

Viele tun allerdings so, als ob sie es täten.

Da nun einmal Weihnachten vor der Tür steht: Warum tut Christus nichts, oder der Gott überhaupt?

Die Super-Reichsten, die Politik-Bestimmer, die Alles-Versprecher, die stets und ständig das Maul-Aufreissenden und uns alle verblenden Wollenden?

Denken Sie vielleicht an „Karat“: „Uns hilft kein Gott, diese Welt zu erhalten...“. Es war ja eine DDR-Band, die dieses wahrlich sehr richtig sang.

Und zu Melodien noch etwas: Die DDR-Nationalhymne hatte den Text, der aber dann, aus welchen Gründen auch immer, ab 1970 nicht mehr gesungen werden durfte:

„Auferstanden aus Ruinen
und der Zukunft zugewandt,
lass uns die zum Guten dienen,
Deutschland einig Vaterland.
Alte Not gilt es zu zwingen
und wir zwingen sie vereint,
denn es muss uns doch gelingen,
dass die Sonne schön wie nie
über Deutschland scheint,
über Deutschland scheint.“

(Text von Johannes R. Becher,
Melodie von Hans Eisler)

Dann gab und gibt es noch die Hymne, die es eigentlich schon ewig gab, die allerdings seit 1991 nur mit dieser Strophe so gesungen werden darf:

„Einigkeit und Recht und Freiheit
für das deutsche Vaterland!

Danach lasst uns alle streben
brüderlich mit Herz und Hand!

Einigkeit und Recht und Freiheit
sind des Glückes Unterpfand:

Blüh im Glanze dieses Glückes,
blühe, deutsches Vaterland!

Sehr gute Texte nicht wahr!?

Den ersten hatte man so getextet, wie auch die Melodie so passend gemacht, weil man meinte, es würde ja wieder ein Einig-Vaterland. Da hätten dann Text und Melodie absolut wieder gepasst.

Nun ist es ja wieder eine Einigkeit da, oder wie man das auch immer nennen möge.

Es ist eigentlich unverschämt, aber ich wäre für eine Nationalhymne, der Melodie entsprechend, mit folgendem Text, der im Prinzip nicht nur für unser Land gelten sollte:

„Reiche, Reiche dieser Welt,
tut doch was mit Euerem Geld!

Gebt es Allen, die es brauchen,
gebt es Allen, bitte sehr!

Tut nicht so, als ob ihr arm seid,
Euer Sack ist eh schon schwer.

Helft doch Allen, die Ihr kennt,
helft doch Allen auf der Welt!“

Horst Wiesner

Weihnachtsdialog

Der Spötter:

Lieber guter Weihnachtsmann,
sag bitte doch, wie geht das an,
dass du zu einer und der selben Zeit
an einem Tage, so wie heut'
am Himmel deinen Schlitten lenkst
und alle Kinderlein beschenkst
in West und Ost, in Süd und Nord
überall zugleich an jedem Ort?
Mit welchem genialen Trick
überlistest du denn die Physik?

Der Weihnachtsmann:

Ach du Banause, armsel'ger Tropf,
hast du nichts anderes im Kopf?
Willst du denn nicht verstehen,
was andere Menschen in mir sehen?
Ihr sehnen gab mir die Gestalt,
die vor dir steht. Ich bin ihr Halt,
die Hoffnung und die Zuversicht,
dass Habgier, Hass und Terror nicht
obsiegen. Ich bin ihr Friedenssehnen,
bin der Wunsch von allen jenen,
die das Unrecht zwischen
Hütten und Palästen
dem Hungersterben
und den Luxusfesten,
die Kluft von arm und reich verfluchen
und ein anderes Leben suchen.
Ich bin das Zukunftsideal
einer Welt, die doch einmal
Gewalt und Unrecht überwindet.
Ich bin die Welt, in der zu leben lohnt,
weil in ihr
die Menschenfreundschaft wohnt.

Werner Didzuhn

In eigener Sache



Liebe Leserinnen und Leser des „Herzblatt“,

damit wir auch im nächsten Jahr interessante und lesenswerte Ausgaben produzieren können, sind wir auf Eure Hilfe angewiesen.

Deshalb bitten wir Euch, schreibt uns Eure Gedanken, Eure Meinung oder auch Eure Kritik. Schickt uns Texte und Bilder, macht Themen-Vorschläge.

Wir freuen uns über JEDEN, der uns in unserer Arbeit unterstützt.

Der Redaktionsbeirat „Herzblatt“

Termine

- 6.12. 14.00 Uhr IG Politische Bildung
Geschäftsstelle
16.00 Uhr Redaktionsbeirat „Herzblatt“
Geschäftsstelle
18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle
- 8.12. 10.00 Uhr AG Geschichte
Filmvorführung „Lenin kam nur bis Lüdenscheid“
Geschäftsstelle
14.00 Uhr AG Senioren
Geschäftsstelle
- 9.12. 16.00 Uhr Vorweihnachtliche Veranstaltung
mit der Heimatforscherin Dora Liersch
Christoph-Kolumbus-Schule, Muskauer Straße 1
- 13.12. 16.00 Uhr KPF
Geschäftsstelle
18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle
- 15.12. 14.00 Uhr Stadtverordnetenversammlung
Stadthaus
- 15.12. 14.00 Uhr Stadtverordnetenversammlung
Stadthaus
- 16.12. 18.00 Uhr Kreisvorstand Lausitz
Geschäftsstelle
- 10.1. 16.00 Uhr Redaktionsbeirat „Herzblatt“
Geschäftsstelle
- 17.1. 18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle



*Viel Glück
im Jahr 2011*

Wir gratulieren allen GenossInnen, die in den kommenden Tagen ihren Geburtstag feiern

Dezember

- zum 96. Kurt Konarske (25.12.)
zum 93. Gerda Juretschka (1.12.)
zum 91. Edeltraud Liebich (24.12.)
zum 88. Albert Enke (11.12.)
zum 86. Käte Gross (5.12.)
Marga Schnelle (12.12.)
zum 85. Siegfried Glona (8.12.)
Willi Böttcher (21.12.)
zum 84. Ilse Schulz (30.12.)
zum 82. Gerda Twardawsky (2.12.)
Oskar Worrack (12.12.)
zum 81. Werner Hunger (6.12.)
Hermann Hoffmann (16.12.)
zum 80. Christa Enke (1.12.)
zum 70. Klaus Wetzke (7.12.)
Karl Geisler (11.12.)
zum 65. Michael Teich (2.12.)
zum 50. Mathias Kroll (15.12.)
zum 20. Philipp Reimer (16.12.)
Johannes-Paul Bauer (20.12.)

Morgen gibt's für uns Hartz IV

Melodie: Morgen Kinder wird's was geben

Morgen Kinder wird's was geben,
morgen werdet ihr euch freun.
Dann wird hier ein schönes Leben
in unsrer dunklen Stube sein.
Eine Kerze kaufen wir,
morgen kriege ich Hartz IV.

Und dann gehen wir zum Bäcker,
kaufen uns ein großes Brot.
Schon die Oma sagte immer:
Trocken Brot macht Wangen rot.
Auch zwei Kohlen kaufen wir,
morgen gibt's für uns Hartz IV.

Einmal hat die Mama Arbeit,
ist vorbei die ganze Not.
Täglich Frühstück, Mittagessen,
und vorm Schlafen Abendbrot.
Dazu braucht es nicht Hartz IV,
nur die LINKEN brauchen wir.

Günter Düring

Januar

- zum 93. Erna Reiche (1.1.)
zum 90. Rudi Kerstan (6.1.)
Hildegard Lehmann (9.1.)
zum 87. Anneliese Wachowiak (6.1.)
zum 86. Elvira Weinert (12.1.)
zum 84. Helmut König (7.1.)
zum 83. Johannes Queitsch (1.1.)
Dorothea Wilke (15.01.)
zum 81. Gerda Lehmann (8.1.)
Hans Garbe (10.1.)
zum 70. Helmut Heindorf (4.1.)
zum 60. Hubert Standke (1.1.)
Gabriele Beil (3.1.)
zum 50. Mona Braun (4.1.)



Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE, Lausitz, Kreisvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: André Groß

Redaktion: Annely Richter, Horst Wiesner

E-Mail: herzblatt@linkspartei-cottbus.de
homepage: www.dielinke-lausitz.de

Redaktionsschluss Januar-Ausgabe:

19. Dezember